

Positionenmatrix Pfandbecher

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Contra. Ein Pfand schadet Unternehmen und Verbraucher/innen. Es öffnet die Tür für weitere kleinteilige Maßnahmen. Zu bürokratisch.	Die Maßnahme ist sinnvoll, um die Umwelt zu schützen.	Die Maßnahme ist ein wichtiger Beitrag, um die Umwelt von Bechern zu entlasten. Ein Verbot von Einwegbechern wäre noch effektiver.
Umweltausschuss: kann die Umweltverschmutzung verringert werden?		
Umweltschutz ist wichtig, darf aber nicht zu Lasten der Wirtschaft gehen. Es gibt schlimmere Ursachen für Umweltverschmutzung.	Ein Pfandsystem erhöht den Anreiz, die Becher zurückzubringen. Diese können dann wiederverwertet werden. Umweltschädliche Einwegbecher werden weniger genutzt.	Die Verpflichtung Mehrwegbecher anzubieten ist sehr gut. Noch besser wäre allerdings, Einwegbecher zu verbieten oder eine Gebühr zu erheben.
Wirtschaftsausschuss: Folgen eines Verbots der kostenfreien Abgabe für die Wirtschaft?		
Ein Pfand schadet den Unternehmen. Die Unterscheidung zwischen Ein- und Mehrwegpfand ist kompliziert, die Umstellung sehr aufwändig. Umweltschutz funktioniert nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Sinnvoll wäre ggf. eine freiwillige Selbstverpflichtung.	Ein Pfandsystem erhöht nicht die Kosten für Kaffee. Die Menschen werden nicht weniger kaufen, die Unternehmen somit keinen Schaden erleiden. Ein Pfand von 1 Euro ist jedoch sehr hoch und könnte dazu führen, dass die Verkaufsstellen die Becher nicht loswerden.	Der Konsum von Kaffee wird durch ein Pfandsystem nicht zurückgehen. Die Maßnahme fördert bestehende Initiativen zur Müllreduzierung. Wenn die Unterscheidung zu kompliziert ist, können Unternehmen nur Mehrwegbecher anbieten.
Ausschuss für Verbraucherschutz: Folgen eines Verbots der kostenfreien Abgabe für die Verbraucher/innen?		
Die Maßnahme bedeutet für die Verbraucher/innen einen hohen Aufwand des Sammelns und Transportierens. Ein zweiteiliges System des Ein- und Mehrwegpfands ist verwirrend.	Pfandsystem bedeutet, dass die Kosten für Kaffee nicht steigen. Dies ist fair für die Konsument/innen. 50 ct für Mehrwegbecher wären angemessener, auch um attraktive Alternative zu Einwegbechern zu sein.	Ein Pfandsystem kann sich jeder leisten. 1 Euro ist ein angemessener Preis. Sinnvoller wäre Verbot oder Gebühr auf Einwegbecher, um Anreiz für umweltfreundlichere Mehrwegbecher zu erhöhen.

Positionenmatrix Nordpelagonien

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Stabilisierung des Westbalkans durch EU-Integration ist wichtig. Jedoch vorschnellen Beitritt vermeiden	Baldmöglichst Verhandlungsbeginn. Frieden kann nur durch Integration gesichert werden. Offener, konstruktiver und partnerschaftlicher Umgang mit Nordpelagonien	Tritt für erfolgreichen, zügigen und sämtliche Aufnahmekriterien vollständig erfüllenden Abschluss von Beitrittsverhandlungen ein; volle Integration des Westbalkans
EU-Ausschuss: Interessen der EU, Bedenken der EU-Bevölkerung		
Integration der Region in die EU ist langfristiges Ziel, um Frieden in Europa zu sichern; aber nur mit breiter Zustimmung der Bevölkerung. Allerdings: Gefahr, dass andere Mächte in der Region zu viel Einfluss gewinnen.	Baldmöglichst Aufnahme von Verhandlungen, keine schwer erfüllbaren Bedingungen, sonst Entmutigung. Pro-europäische Kräfte müssen unterstützt werden. klare Perspektive, um Fortschritt zu erzielen. Kein rigides Beharren auf vorformulierten Forderungen	Nordpelagonien als Modell für Staaten des Westbalkans, EU soll entschlossen und konstruktiv in Beitrittsverhandlungen einsteigen. Belohnung für große Bemühungen (Namensänderung) Integration des Westbalkans wichtig für Frieden und Stabilität
Arbeitsausschuss: Bedenken der EU-Bevölkerung, Fragen bzgl. Arbeitnehmerfreizügigkeit		
Bedenken gegenüber Migration; Übergangszeit bei Arbeitnehmerfreizügigkeit von sieben Jahren	Sorgen der Bevölkerung vor Lohndumping müssen ernst genommen werden; Übergangsregelung kann evtl. sinnvoll sein, auch um <i>brain drain</i> zu verhindern.	Mobilität und persönliche Entwicklung (Bildung und Erfahrung) sinnvoll für Transformation, darum sofortige Arbeitnehmerfreizügigkeit
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Demokratische (und wirtschaftliche) Entwicklung auf dem Westbalkan		
Entscheidend, dass Nordpelagonien wirtschaftlich auf die Beine kommt. Muss Fortschritt im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorweisen.	Entscheidend, dass Nordpelagonien wirtschaftlich auf die Beine kommt. Muss Fortschritt im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorweisen.	Entscheidend, dass Nordpelagonien wirtschaftlich auf die Beine kommt. Muss Fortschritt im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorweisen.

Positionenmatrix Wahlrecht Unionsbürger/innen

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Europäische Orientierung ist unstrittig. Ein umfangreiches Wahlrecht muss aber an die Staatsbürgerschaft gebunden bleiben.	Europäische Integration muss vorangetrieben werden. Unionsbürger/innen sind nicht nur von kommunalen politischen Entscheidungen betroffen, sondern auch auf höherer Ebene.	Wenn das Wahlrecht geändert werden soll, dann nicht nur für Unionsbürger/innen, sondern auch unter gewissen Umständen für Menschen aus Drittstaaten.
Innenausschuss: Auswirkungen auf die Demokratie		
Widerspruch zu den Prinzipien der Demokratie, wenn Wahlrecht von Staatsbürgerschaft entkoppelt wird. Das Volk nicht die Bevölkerung wählt die politischen Vertreter.	Demokratie lebt von politischer Teilhabe. Unionsbürger/innen, die hier leben, arbeiten und sich engagieren, sollten von politisch wichtigen Entscheidungen nicht ausgeschlossen bleiben. Würde Akzeptanz der politischen Entscheidungen fördern.	Eklatanter Teil der Bevölkerung wird bisher von Wahlen ausgeschlossen. Nicht die Mehrheit aller entscheidet für alle. Ein Wahlrecht für EU-Bürger/innen führt dazu, dass sich die Volksvertreter den Belangen aller widmen müssen.
Rechtsausschuss: Vereinbarkeit Grundgesetz		
Die Frage wurde bereits in ähnlicher Weise diskutiert und entschieden: BVerfG von 1990 "Definition von Volk" und somit wer wählen darf. Die Grundprinzipien unseres Wahlrechts sollten nicht ohne Not angefasst werden.	Nationalstaatliche Schranken und Konstrukte müssen in der EU überdacht werden. Gesellschaften entwickeln sich. Die Gesetzeslage muss neue Realitäten anerkennen. Unionsbürger/innen sollten mehr Rechte zugestanden werden.	Änderungen am GG vorzunehmen, muss immer gut abgewogen werden. Deshalb sollte auch ein ganzheitlicher Ansatz (EU und Drittstaaten) in den Blick genommen werden.
Integrationsausschuss: Auswirkungen auf die Integrationsfähigkeit, politische Teilhabe		
Staatsbürger/innen haben andere Rechte, aber eben auch andere Pflichten. Gleiche Rechte, aber weniger Pflichten zu verteilen ist nicht förderlich für das Gemeinwesen.	Besitzen EU-Bürger/innen ein umfassenderes Wahlrecht, setzen sie sich mit politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Sachverhalten stärker auseinander. So entsteht	Tatsächliche Teilhabe und Integration bedeuten Sichtbarmachung der Probleme und Anliegen auch von Nicht-Deutschen. Öffentlichkeits- und Medienarbeit sollten über das Wahlrecht aufklären.

	ein dynamischer Prozess, der zu mehr Integration führt.	
--	---	--

Positionenmatrix Sahelien-Einsatz

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Bundeswehr = Instrument wertegeleiteter Politik; Einsätze auch aus Solidarität mit EU-Partnern.	Konflikte verhindern, Frieden schaffen. Solidarität mit französischer Regierung.	Förderung von Menschenrechten und globaler Entwicklung sind Kernaufgabe → Militäreinsätze sind ein mögliches Mittel
Auswärtiger Ausschuss: EUMISA sinnvoll und angemessen?		
Einsatz vor Ort ist notwendig, auch in Hinblick auf Flüchtlingsströme; Verlässlichkeit der EU wahren.	EUMISA allein reicht keinesfalls aus; diplomatische Begleitung ist erforderlich; Furcht vor Postkolonialismus und Einseitigkeit.	EUMISA ist ermutigendes Zeichen für verantwortliche europäische Politik. EU hat Verantwortung für friedliche und demokratische Entwicklung Afrikas
Verteidigungsausschuss: EUMISA verantwortbar?		
Bekämpfung von Terrorismus muss unterstützt werden. Entlastung Frankreichs ist wichtig. Landesweiter Einsatz nötig.	Verhindern, dass nicht weit von Europa entfernt unregierbare Regionen entstehen, von denen aus Terrornetzwerke operieren können.	Sahelische Regierung in ihrem Bemühen um die Herstellung von Sicherheit zu unterstützen ist essentiell für weitere Entwicklung
Ausschuss für humanitäre Hilfe: EUMISA nachhaltig?		
EUMISA schafft Voraussetzungen für parallele und nachfolgende Bemühungen. Auch Investitionen in Bildung und ökonomische Entwicklung sind wichtig.	Bildungs- und Gesundheitswesen massiv unterstützen; Korruptionsbekämpfung.	Verlangt Aktionsplan von der Bundesregierung; zentral: Staatsversagen aufarbeiten und funktionierende Verwaltungsstrukturen schaffen.